

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werthvollen Bevölkerung.

Gründungsnummer Nr. 929

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Verantwortlicher Hr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonntagen und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4669a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg. für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg. auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 278

Dienstag, den 28. November 1905.

12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die indirekten Steuern in der Beleuchtung der Wissenschaft.

Ueber keine Frage der Volkswirtschaft sind die wissenschaftlichen Urtheile verschiedener Nationen, Schulen und Zeitalter so übereinstimmend, wie über die Frage der indirekten Steuern. Daß diese Art der Besteuerung eine schreiende Ungerechtigkeit gegen die breiten arbeitenden Volksmassen, ein Mittel der brutalsten Klassenherrschaft ist, darüber ist oder vielmehr war sich die wissenschaftliche Nationalökonomie — auch die bürgerliche, und zwar nicht bloß die klassische, sondern auch die Vulgärökonomie — vollkommen klar. Die Sozialdemokratie fußt hier mit ihrem Programm auf und mit ihrer Agitation gegen jede Belastung der Lebensmittel durch die Steuern und Bölle auf dem Boden der gesamten national-ökonomischen Wissenschaft.

Heute freilich schweigen die Herren bürgerlichen Professoren über die indirekten Steuern diskret oder sie reden gar den Höllern, den Steuern auf Lebensmittel noch das Wort. Heute steht die Sozialdemokratie in ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen alle indirekte Besteuerung ganz allein. In ihrer Agitation über vertritt und vertritt nicht sie dabei, wie in jedem Stück ihres Klassenkampfes, nur die Ehren der strengsten Wissenschaft.

Im Augenblick, wo das deutsche Proletariat mit neuen Steuern auf notwendige Lebensmittel bedroht wird, hören wir, was die Köpfe der bürgerlichen Nationalökonomie über die indirekten Steuern dachten und sagten.

Der Erzbischof der Hessischen Nationalökonomie, Adam Smith, sagt in seinem Werke über den Reichtum der Nationen im Jahre 1776:

Die Steuern auf die notwendigen Lebensmittel haben auf das Los des Volkes fast denselben Einfluß wie ein unfruchtbarer Boden oder ein schlechtes Klima. Diese Steuern verteuern die Lebensmittel in derselben Weise, als wenn sie mehr Arbeit und Ausgaben als sonst kosteten, um produziert zu werden. — Diese Arten von Steuern, wenn sie zu einem gewissen Punkte steigen, sind also eine ebenso traurige Katastrophe wie die Unfruchtbarkeit des Bodens oder die Ungunst der Witterung, und dennoch sind es gerade die reichsten und industriellsten Länder, wo man sie im Allgemeinen vorfindet. Auch würde kein anderes Land imstande sein, eine so starke Krankheit zu ertragen. Ebenso wie es nur die kräftigsten Körper sind, welche sich am Leben und bei Gesundheit erhalten können selbst bei der ungesundesten Lebensweise, eben so sind es nur die in jeder Art von Industrie durch natürliche oder erworbenere Vorteile am meisten bevorzugten Nationen, die bestanden und selbst geblieben unter dem Druck dieser Arten von Steuern.

— Die arbeitenden Massen leiden weit mehr leicht als von den Getreidepreisen unter der künstlichen Preiserhöhung, welche die Steuern im Preise starker Manufakturwaren verursacht haben, wie z. B. beim Salz, der Seife, dem Leder, den Lichtern, dem Malz, dem Bier, dem Del u. s. w.

Vorzüglich ist es, was alle indirekten Konsumtionsausgaben für den ärmeren und größeren Teil des Volkes fast so drückend macht: Die erhöhten Preise unserer Lebensbedürfnisse, die Preis die unabwendliche Folge eines solchen Abgabenerhebungssystems sind, drücken schon die ärmere und niedere Volksklasse unendlich; noch mehr oder wenigstens ebenso stark aber drücken sie die Vorteile, welche sie der reicheren Volksklasse für ihre gemachten Wohlthätigkeiten zugesprochen muß — und beides zusammen kann dann keine andere Folge haben, als daß bei einem solchen Abgabenerhebungssystem ein Aufschwung der Vertriebskraft der ärmeren und niederen Volksklassen und ihres Wohlstandes ganz unmöglich wird.

Der Chef der bürgerlichen Vulgärökonomie, der Franzose J. B. Say, schreibt im Jahr 1829:

Es ist eine bloß proportionale Steuer nicht schwerer für den Armen als für den Reichen? Derjenige, welcher nur die Quantität Brot bedient, die erforderlich ist, um ihn und seine Familie zu ernähren, soll er genau in demselben Verhältnis Steuern, wie derjenige, welcher Dank seinen ausgezeichneten Talenten, seinen ausgebreiteten Besitzungen, seinen beträchtlichen Kapitalien nicht nur alle Genüsse des Luxus sich und den Seinigen gewährt, sondern auch noch jedes Jahr seinen Reichtum vermehrt? Findet man nicht in einer solchen Behauptung etwas, was die Billigkeit empört?

— Die auf die Konsumtionen gelegte Steuer ist notwendig proportional der Quantität der konsumierten Ware; und da die Quantität der konsumierten Ware der Proportion des Vermögens nicht folgen kann, so folgt daraus, daß diese Art der Besteuerung, welche in den stark besteuerten Ländern die Hauptrolle spielt, auf die Steuerpflichtigen ge-

rade umso mehr fällt, je weniger reich sie sind. In der Tat, ein Mann, der 300 000 Franc Einkommen hat, wird nicht 300 Mal mehr Butter oder Wein konsumieren können, als ein solcher, der nur 1000 Franc Einkommen hat. Die wenig Bemittelten sind es also, die in dieser Hinsicht eine wahrhaft progressive Steuer ausfallen, das heißt eine solche, die gerade um so stärker wird in demselben Verhältnis, in welchem die Kräfte der Steuerpflichtigen geringer sind. Dies ist einer der größten Fehler der indirekten Steuern, ein Fehler, für welchen eine steigende Progression bei der direkten Steuer nur eine gerechte, aber noch unvollkommene Kompensation hätte würde.

— Man kann versichern, daß die Steuern auf die Konsumtionen die am allerungleichsten vertheilt von allen sind und daß in den Nationen, wo sie vorherrschen, die bedürftigsten Familien aufgeopfert werden.

Ein deutscher Nationalökonom aus dem Anfang des XIX Jahrhunderts, Dr. Bahr schrieb 1822 in seiner „Lehre von der Wirtschaft des Staates“:

Indirekte Steuern sind entweder von grober Ignoranz oder von blühender Lüge erfunden, durch Superstition und Sophistik verteidigt, von der Gemächlichkeit gepflegt, durch Not verteidigt und aus Furcht vor der Wähe der Einführung des Rechts bis zur Stunde noch nicht abgeschafft.

Professor Rau in Heidelberg, einer der ersten Populärprofessoren der klassischen nationalökonomischen Wissenschaft in Deutschland, sagt in seinem Lehrbuch der Politischen Ökonomie im Jahre 1856:

Eine Steuer auf die nötigen Lebensmittel, als Kartoffeln, Brotgetreide, Brennholz, Leinwand u. dergl. ist sehr untraglich und wirkt ungefähr wie eine Kopfsteuer, weil der Betrag eines jeden hauptsächlich von der Zahl seiner Hausgenossen bestimmt wird, aber eben darum verleiht sie den Grundbesitz, die Steuerfähigkeit den Maßstab der Besteuerung bilden sollte. Man hat solche Steuern in der Hoffnung in Schutz genommen, daß sie auf die Lohnherren überwälzt werden, weil der Lohn zu jeder Zeit den nötigen Unterhalt vergüten müsse. Allein die Lebenshaltung ist nicht mit Sicherheit zu erwarten. Der Lohn entspricht nur dem mittleren Bedarf und die Verteuerung der Lebensmittel wird wenigstens dem Vater einer zahlreichen Familie nicht vergütet. Der Lohn steigt überhaupt nur eine geringere Beweglichkeit als die Preise der Waren. Obgleich für ihn der Preis der Lebensmittel immer einen Anhaltspunkt gibt, so übt doch das Verhältnis des Angebots zu dem Begehren von Arbeit einen mächtigen Einfluß auf die Lage der Lohnarbeiter. So lange der Lohn noch oberhalb der durch den unabweislichen Lebensbedarf bestimmten Grenze steht, kann er bei ungünstigen Umständen erniedrigt werden, und die Verteuerung der Lebensmittel vermag ihn nicht so leicht zu erhöhen. Ist das Kapital des Volkes nicht stärker im Zunehmen als die Volksmenge, so bleiben die erwähnten Steuern ganz oder zum Theil auf den Arbeitern liegen, bis etwa später eine Verzögerung in der Volksvermehrung einen höheren Lohnsatz bewirkt. In diesem Falle sind also die Steuern der genannten Art sehr nachtheilig.

Der Prophet der deutschen „historischen Schule“ der Nationalökonomie, Professor Roscher, erklärt in seinem „System der Volkswirtschaft“ im Jahre 1854:

Wie das Wohlfeilwerden der Lebensmittel, wenn sich der Bedürfniskreis des Arbeiterstandes nicht entsprechend vergrößert, ein Sinken des Lohnes zur Folge hat, so muß das Steuerwerden derselben, wenn der Lohn bereits so niedrig stand, um nur die unentbehrlichsten Bedürfnisse zu befriedigen, ein Steigen des Lohnes nach sich ziehen. Der Uebergang ist im ersten Falle ein ebenso beweglicher, (der ganze deutsche Professor drückt sich hier in dem einen Wort aus!) wie im zweiten voll der traurigsten Preisen. Je langsamer die Preiserhöhung der Lebensmittel vor sich geht, umso eher ist zu befürchten, daß ihr die Arbeiter nicht etwa durch Auswanderung, verminderte Genuß u. s. w., sondern durch Erniedrigung ihres Bedürfnismaßes, Einführung schlechterer Nahrungsmittel u. s. w. zu begegnen suchen. Uebrigens gilt das alles nur von den dauernden Veränderungen des Lebensmittelpreises, wie sie z. B. durch die Entdeckung des Korkbambus, durch Steuern u. s. w. hervorgerufen werden.

Der Engländer John Stuart Mill schreibt in seinen „Grundrissen der politischen Ökonomie“ im Jahre 1848:

Alle Abgaben von notwendigen Lebensbedürfnissen sowie von Rohstoffen und Werkzeugen, die zur Hervorbringung dieser Bedürfnisse notwendig sind, auszuschließen, denn solche Abgaben tun leicht demjenigen Abbruch, was unbesteuert bleiben sollte, nämlich dem zu einer gewissen Existenz eben ausreichenden Einkommen.

In einem alten Lande Tagelöhner besteuern wollen, heißt also nur, eine Steuer mehr auf alle Arbeitgeber legen, es sei denn, daß die Steuer die viel schlimmere Wirkung

habe, den Maßstab einer eben erträglich existenz in den Anfängen der ärmsten Volksklassen auf die Dauer noch tiefer herabzudrücken.

Politische Rundschau.

Die Pumptwirtschaft im Deutschen Reich ist den Einzelstaaten mehr und mehr un bequem geworden, weil durch die Erhöhung der Matrularumlagen ihre eigenen Finanzbedürfnisse sich immer lastiger bemerkbar gemacht haben. Durch die neuen Steuerumlagen will nun das Reichschahem das getübte Finanzverhältnis zwischen der Zentrale und den Einzelstaaten wieder in den glücklicheren Stand der ersten Jugendjahre zurückversetzen. Den Bundesstaaten wird dabei wohlwollend zu verzeihen gegeben, daß sie eine ihnen vom Reich etwa zugebacht gänzliche Entlastung bei dieser „Reform“ nicht zu befüchten haben. Kommt das Reich mit seinen eigenen Einnahmen nicht aus, und müssen die Einzelstaaten die leere Reichsbundeskasse mit ihrem Portemonnaie füllen helfen, so sollen sie nur bis zu einer bestimmten Grenze um ihre sauer aufgebrauchten Bundessteuergroschen gekränkt werden. Offiziös wird darüber mitgeteilt:

Als Höchstmaß der von den Bundesstaaten auszubringenden Matrularbeiträge ist der Betrag von vierzig Pfennig auf den Kopf der Bevölkerung in Aussicht genommen. Von den allgemeinen finanzpolitischen Erwägungen im Interesse einer Schonung der einzelstaatlichen Finanzen abgesehen, bildet eine solche Maßregel das notwendige Korrelat zu dem Verzicht der Bundesstaaten auf den eigenen weiteren Ausbau des noch entwicklungs fähigen Erbschaftssteuerwesens zugunsten des Reiches. Liegt es den verübten Regierungen auch fern, die verfassungsmäßige Verpflichtung zur Uebernahme von Matrularbeiträgen grundsätzlich von sich abzuwälzen, und bleiben sie nach wie vor bereit, in besonderen Fällen, wie Kriegzeiten, auf die Begrenzung der zu leistenden Matrularbeiträge zu verzichten, so dürfen sie mit Recht das Verlangen nach Schonung ihrer Finanzwirtschaft in gewöhnlichen Zeiten geltend machen und die Ueberweisung eines großen Theiles der Erbschaftsteuer an das Reich an die Bedingung knüpfen, daß ihrer eigenen Finanzwirtschaft ausreichender Schutz gegen eine zu weitgehende Inanspruchnahme gewährt werde.

Die in den letzten Tagen in der Presse geäußerte Vermutung, daß eine völlige Befreiung der Einzelstaaten von ungedeckten Matrularumlagen geplant sei, ist, wie aus obigem hervorgeht, unzutreffend. In der Festsetzung des Höchstbetrages an solchen Umlagen auf vierzig Pfennig auf den Kopf der Bevölkerung ist schon ausgesprochen, daß die bezügliche verfassungsmäßige Verpflichtung nicht aufgehoben, sondern in ihrer Anwendung finanzpolitisch nur beschränkt werden soll. Bei einer Bevölkerung von 60 Millionen Köpfen würde der von den Einzelstaaten gegebenenfalls auszubringende Beitrag sich immer noch auf 24 Millionen Mark belaufen und mit der Zunahme der Bevölkerung steigen.

Bei früheren Anlässen ist aus der Mitte des Reichstags wie in der Presse wiederholt betont worden, daß die Verpflichtung zur Beitragsleistung der Einzelstaaten Veranlassung gebe, im eigenen Interesse auf eine sparsame Wirtschaft im Reich hinzuwirken. Nach den von den verübten Regierungen geplanten Vorschlägen würde dieses Interesse nicht nur durch die vorgezeichnete eventuelle Heranziehung der Einzelstaaten zur Deckung des Reichsbedarfes erhalten bleiben, sondern durch die als bewegliche Steuer gedachte Reichserbschaftssteuer neuen Antriebs erhalten. Von den zur Befreiung des Reiches zu stellenden zwei Dritteln des Ertrages aus dieser Steuer soll nur der Teil an das Reich abgeführt werden, der notwendig ist, um den ordentlichen Ausgabebedarf zu decken, soweit er durch die sonstigen eigenen Einnahmen des Reiches keinen Ausgleich findet. Je weniger nun die Erbschaftsteuer für das Reich in Anspruch genommen würde, desto größer wäre der Anteil, der zugunsten der Einzelstaaten verbliebe. Diese hätten sonach das lebhafteste Interesse daran, in der Finanzwirtschaft des Reiches den Grundsatz größter Sparsamkeit gewahrt zu sehen. Zu bemerken ist übrigens, daß die als Höchstbeträge vorgezeichnete Leistung von ungedeckten Matrularbeiträgen — gegenwärtig annähernd 24 Millionen Mark — dem Betrage entspricht, den der Reichstag in den letzten Jahren als eben noch erträgliche Belastung der Einzelstaaten anerkannt hat. Werden die Vorschläge der verübten Regierungen Gesetz, so wird die Finanzwirtschaft der Einzelstaaten auch dadurch erleichtert, daß die auf ihrem Zusammenhang mit dem Reichsfinanzwesen beruhenden Schwankungen eingeschränkt werden und somit ein besserer Ueberblick über die eigene Finanzlage ermöglicht würde.

Die Einzelstaaten wissen nun, wie sie zur Sparsamkeit erzogen werden sollen. Schaden kann es ihnen nicht im mindesten, wenn sie an der Sparsamkeit der Reichs-

fast ein erhöhtes Interesse gewinnen. Denn wenn das Reich in ein ständiges Defizit hineingerastet ist, und wenn dabei noch über drei Milliarden, das heißt über dreitausend Millionen Mark Schulden gemacht worden sind, so haben die einzelnen Bundesstaaten mit ihrer ewigen Nachsichtigkeit gegen die unangesehenen Millionenforderungen der Zentrale selbst schon an dem gegenwärtigen Reichsfinanzamt. Preußen hat nur 17 Stimmen im Bundesrat; die anderen Staaten haben zusammen 41. Diese 41 Stimmen hätten daher sehr wohl mit Erfolg den Damm auf den Deutzel drücken können, wenn der „führende“ Bundesstaat mit seinen 17 Stimmen jedes Maß in der Reichsfinanzpolitik überschritt.

In Kürze werden wir sehen, wie man in den Bundesstaaten über die neue Steuerbescheidung denkt. Wir fürchten, es wird noch manche Blüte verwelkt vom Stengel fallen, ehe die Pläne des Reichshauswirtschafters Freiherrn v. Stengel als reif: Früchte geerntet werden können.

Sehr lieb und nett ließ sich die im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung über die Rattitalarumlagen gegebene offiziöse Bemerkung:

Was die Einheitlichkeit der Steuerentwürfe anlangt, so handelt es sich selbstverständlich nicht darum, daß die unveränderte Annahme der Entwürfe in der Gestalt, wie sie dem Reichstag zugehen werden, zu verlangen beabsichtigt wäre. Vielmehr soll jeder als Verbesserung anzuerkennende Vorschlag angenommen werden. Wohl aber ist die Einheitlichkeit in dem Sinne aufzufassen, daß die Steuerentwürfe im Hinblick auf die Verteilung der Belastung als organische Ganzes gedacht sind, aus dem nicht beliebig der eine oder der andere Teil ausgegliedert werden dürfe.

Das hört sich wunderschön an, hat aber praktisch keinen Wert. Wäre das Steuerbüdel wirklich ein organisches Gebilde, von dem kein Stück herauszubringen ist, so müßte die Reichsregierung alle neu geforderten Steuern fallen lassen, wenn auch nur eine von ihnen vom Reichstage verworfen würde. Es wäre ein guter „Witz“, wenn es so läme.

Das selbständige Reichskolonialamt mit einem Staatssekretär und einem Unterstaatssekretär soll jetzt trotz aller offiziellen Dementis doch eingeführt werden. In Reichshandhabung für 1906 wird dasselbe beantragt und folgendermaßen begründet: „Die Kolonial-Zentralverwaltung kann in ihrer bisherigen Gestalt als einfache Abteilung des auswärtigen Amtes den Anforderungen nicht mehr genügen, welche bei dem jetzigen Stadium der Entwicklung unserer Schutzgebiete an sie gestellt werden müssen. Seit den letzten Jahren des vorigen Jahrzehnts hat die Kolonialverwaltung in den Schutzgebieten räumlich an Ausdehnung außerordentlich zugenommen. Schon jetzt sind die Schutzgebiete von Ostafrika, Kamerun und Togo bis nahe ihrem ganzen Gebietsumfang nach in den Bereich der Verwaltung einbezogen. Für Südwestafrika wird nach Beendigung des Eingeborenen-Anstandes eine gleiche Ausdehnung der Verwaltung nicht zu umgehen sein. Andererseits ist die Verwaltungstätigkeit als solche überall intensiver (und, was die Hauptsache ist, kostspieliger. Neb. d. L. S. 4) geworden. Die selbständige Verwaltung europäischer Unternehmungen, die rasche Ausdehnung des Verkehrswezes und nicht zum mindesten die härtere Herangehörung der Eingeborenen zu kultureller Tätigkeit haben dazu geführt, daß die Kolonialabteilung des auswärtigen Amtes in ihrem Verhältnis zu den Schutzgebieten zu einer Zentralbehörde geworden ist, in der alle Zweige einer in steter Ausdehnung begriffenen Staatsverwaltung vereinigt sind. Um der Kolonialverwaltung eine Stellung einzuräumen, die ihrer Bedeutung als Zentralbehörde für die Schutzgebiete entspricht und ihr die Erfüllung ihrer Aufgabe ermöglicht, ist eine Umgestaltung des bestehenden Zustandes nach zwei Richtungen hin erforderlich: einmal muß dem Reichstag die Möglichkeit gegeben werden, den Chef der Kolonial-Zentralverwaltung mit seiner Stellvertreterin in gleicher Weise zu beauftragen, wie es bezüglich der Chefs der obersten Reichsbehörden nach dem Stellvertreterengesetze möglich ist. Des weiteren ist eine neue Organisation der Kolonial-Zentralverwaltung selbst notwendig. Um diese Zwecke zu erreichen, ist die Bildung einer neuen obersten Reichsbehörde, eines vom auswärtigen Amte getrennten selbständigen Reichskolonialamtes nicht länger zu umgehen. Für die Organisation dieser neuen obersten Reichsbehörde ergibt sich aus der Natur der Sache eine Gliederung in vier Abteilungen: 1. Allgemeine Verwaltung Angelegenheiten, der Schutzgebiete. 2. Personal- und Justizsachen. 3. Finanzen, wirtschaftliche und technische Sachen. 4. Militärische Verwaltungssachen. An die Spitze der ersten drei Abteilungen treten der Unterstaatssekretär, ein Direktor, ein vortragender Rat als Dirigent. Die Reorganisation erfordert einen Zugang von zwei Stellen, nämlich eines Staatssekretärs und eines Unterstaatssekretärs. Die Dienstverhältnisse der militärischen Abteilungen sollen bis auf weiteres in der bisherigen Weise wahrgenommen werden.“ — Das selbständige Kolonialamt wird uns, dessen sind wir sicher, in weitere koloniale Abenteuer hineinziehen. Und das deutsche Volk muß die Züge bezahlen!

Das hat den Regierungspräsidenten von Dapela angezogen, von jetzt ab 300 Schweizer wesentlich mehr aus Rußland nach Oberitalien herbeizulassen. — Auch diese Maßnahme ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Der Flottenminister beharrt „Unentwegt“. Auf dem Parteitag der Freisinnigen Volkspartei, der am letzten Sonntag in Schmalkalden abgehalten wurde, äußerte sich Abgeordneter Müller-Meinungen zur Flottenvorlage in folgender Weise: „Der Flottenminister darf keine Delais und gewissermaßen keine Beschränkung der Reichsflotte ausstellen. Unsere Flotte müsse an Konstitution, Ausrüstung und sonstiger Ausrüstung das Beste erhalten, was es gebe, der Reichstag sei auf die gerechte Forderung zu legen. Die Partei werde sich nicht lassen, ihre Forderungen gegenüber dem Reichstag in Einklang zu bringen mit den Forderungen gegenüber den breiten Massen des Volkes. Die Qualität der Flotte allein könne erstklassig werden und müsse es sein. Auch bezüglich der jetzt diskutierten Vorlage werde die Partei sich nicht durch eine beliebige Beschränkung der Reichsflotte als einzige Möglichkeit sehen. Wenn ein Vertreter der Partei dem Abgeordneten Eichhoff gesagt habe, seine Forderungen auf dem Parteitag der Freisinnigen Volkspartei in Schmalkalden, wo er sich für die Flottenvorlage ausgesprochen, werden von

vielen in der Partei gebilligt, die aber nicht getrauten, mit ihrer Meinung herauszugehen, so sei dies höchst bedauerlich. Von der Fraktion des Reichstags könne er jedenfalls behaupten, daß in ihr offen und freimütig stets auch der von der Parteileitung abweichende Standpunkt geltend gemacht worden sei, was sicherlich auch in Zukunft keine Schwierigkeiten habe. Da von einer prinzipiellen Gegnerschaft in der Partei gegen die Flottenvorlage keine Rede sein könne, so man besser, solche Fragen ruhig und sachlich am kompetenten Ort zu entscheiden.“

— Ja, auch Herr Eichhoff gehört zu den Vorkämpfern von den „prinzipiellsten“ Eugen Richterleuten, die bisher wenigstens so taten, als sei bei ihnen noch ein Rest von „Prinzipien“ zu entdecken. Das Vorgehen der Eichhoff und Müller-Meinungen ist von symptomatischer Bedeutung: Mit brüllendem Hurra wirft sich das gesamte Bürgerium dem Bundtagspräsidenten der „Weltmachtspolitik“ in die Arme. . . . Auch der freisinnige Abgeordnete Mommsen hat sich am Donnerstag in einer in Danzig abgehaltenen liberalen Versammlung für die Annahme der Flottenvorlage ausgesprochen.

Das Echo der deutschen Flottenforderungen im Auslande. Der „Temps“ schreibt: „Kaiser Wilhelm verfolge systematisch seinen Plan, den er unter die Deiffe „Unserer Zukunft liegt auf dem Wasser“ gestellt habe. Wenn Wilhelm I. nur das Ziel hatte, eine die Küsten beschützende Defensivflotte zu erhalten, trachtete Wilhelm II. nach einer Offensivflotte, ohne die in der Tat, wie der ostasiatische Krieg gelehrt habe, für die Handelsseefahrt keine freie Bahn auf dem Meere bleibe.“ — De Lanessan, der frühere Marine-Minister, setzt im „Matin“ seine Artikel über die Landesverteidigung fort und sagt, daß Deutschland mit seinen 60 Millionen Einwohnern Frankreich mit seinen 40 Millionen stets an der Grenze eine überlegene Armee gegenüberstellen könne. Würde es Herr zur See, dann vermöge es an einer beliebigen französischen Küstenstelle ein Landungsunternehmen auszuführen und in den ganzen Kriegsplan der Republik Verwirrung zu bringen. De Lanessan ist überzeugt, daß die deutsche Flotte schon 1908 der französischen überlegen sein werde. — Und die Folge: Auch in Frankreich ein kampfhaftes Beträufen zur See, das dann in Deutschland den Vorwand zu neuen Millionenforderungen geben wird. Die Schraube ohne Ende. . . .

Die Landtagswahlen in Hessen für die Hälfte der fünfzig Wahlkreise ergaben nach den bis jetzt vorliegenden Berichten keine besonderen Verschiebungen im Besitzstand der Parteien. In Kreise Pfungstadt, den bisher der Kammerpräsident Has vertrat, wurde mit 22 gegen 21 Wahlmännerstimmen der Sozialdemokrat Raab gewählt. An Stelle des nicht mehr kandidierenden Genossen Cammer erhielt in Langen Genosse Dr. Fulda das Mandat. Erfolgreiche Kandidaten erzielten unsere Genossen in Mainz Land, Bessungen und Seligenstadt.

Im Chemnitzer Reichstagswahlkreis, in dem bekanntlich infolge der Mandatsniederlegung Schippels eine Ersatzwahl stattfinden muß, wird nach der Meldung bürgerlicher Blätter für die Nationalliberalen der Landtagsabgeordnete Langhammer, für die Konservativen Landtagsabgeordneter Bankdirektor Ulrich und für die Freisinnigen Bankdirektor Hüner die Durchfallskandidatur übernehmen.

Als Resultat gemeiner Lüge charakterisiert die „Nationalztg.“ den Stichwahlsieg Schads. Sie schreibt: „Die überraschend große Stimmenzahl, die der Antisemit Schad in der Stichwahl in Eisenach gegen den Sozialdemokraten auf sich vereinigte, ist hauptsächlich auf die raffinierte Ausbeutung der sozialdemokratischen Demonstrationen am Vortage der Stichwahl zurückzuführen. Noch in der Nacht wurde in Eisenach ein fulminantes Flugblatt: „Die Revolution in Eisenach“ angefertigt, mit dem am grauen Morgen die Landbevölkerung durch die gellenden Klänge der antisemitischen Sennboten aus dem Schlafe geschreckt wurde. Dieses Flugblatt hat denn auch auf dem Lande in vollstem Maße seine Schuldigkeit getan; in diesem Orten ist eine Stimmbeteiligung in der Stichwahl erzielt worden, wie sie selbst bei den Septennatswahlen nicht zu verzeichnen gewesen war.“

Der Deutsche Städtekongress tritt am heutigen Montag in Berlin zusammen, um über Maßnahmen gegen die Fleischnot zu beraten.

Norwegen.

Die Sozialdemokratie und die Königswahl. Bisher haben unsere norwegischen Parteigenossen konsequent für die Republik agitiert und ihre ganze Kraft eingesetzt, um Norwegen vor der kostspieligen Dekonationsfigur eines Königs von „Gottes“ oder Volkes Gauden zu bewahren. Dementprechend haben die sozialdemokratischen Störchingsmänner auch gegen die Zivilliste des neuen Königs gestimmt. Bei dieser Abstimmung, bei der der Regierungsvorschlag auf 700 000 Kr. und ein anderer von dem Radikalen Zweiten auf 500 000 Kr. vorlag, erklärte Ericksen, daß er gegen beide Vorschläge stimmen werde, und als der Präsident darauf bemerkte: „Ich verstehe dieses so, daß der Abgeordnete gegen jede Aparage stimmen will“, erwiderte der Abgeordnete Ericksen: „Ja. Das ist auch zulässig, solange keinerlei Beschluß über die Königswahl gefaßt ist.“ — Gegen den Regierungsvorschlag stimmten dann die vier Sozialdemokraten und sieben Radikale. — In der Kommunistenpartei des Christlicher Gemeinderats haben die sechs Vertreter der Sozialdemokratie gegen die Bewilligung von Geldern zum Empfang des Königs gestimmt und es ebenfalls abgelehnt, in dem aus diesem Anlaß zu wählenden Komitee vertreten zu sein. Unser Bruderorgan „Sozialdemokraten“ fordert die Gewerkschaften dringend auf, sich nicht an den Empfangsfeierlichkeiten zu beteiligen, wie denn überhaupt dieses Blatt trotz allem monarchischen Geschreies die republikanische Überzeugung konsequent vertreten hat. Um so mehr mußte es anfallen, daß schließlich die vier sozialdemokratischen Störchingsmänner für die Wahl des neuen Königs stimmten. „Sozialdemokraten“ teilt hierzu mit, daß Ericksen in der geheimen Störchings-Sitzung am vorigen Sonntag gefragt hat, wie die Abstimmung über die Königswahl vorgenommen werden sollte, und die Antwort erhielt, daß die ganze Sache, da ja die Königswahl selbst nach den früheren Beschüssen des Störchings und der Radikalen schon entschieden sei, durch eine Rotierung abgemieden werden sollte. „Was diesen Grund“, so erklärt

„Sozialdemokraten“, wäre es eine verfassungswidrige Handlung gewesen, nicht für einen Kandidaten zum König zu stimmen. Da hier nur eine Alternative vorlag, war also die Stellung klar. Die Abgeordneten unserer Partei hatten nur mit Ja zu stimmen.“ — Es erscheint aber doch mindestens zweifelhaft, ob der Sozialdemokrat des Auslandes diese Erklärung für das besondere Verhalten als eine genügende „Entschuldigung“ gelten kann.

Rußland.

Die augenblickliche Situation ist die einer Vorbereitung und Rüstung auf allen Seiten zum neuen scharfen Kampfe. Der soeben abgeschlossene Semstwo-Kongress hat die Stellung der Liberalen klar und deutlich bestimmt: Die formelle Ablehnung der Einberufung einer konstituierenden Versammlung, womit die verfassungsgewerbende Kompetenz auf die ordentliche „Duma“ übertragen wurde und der Beschluß, die Regierung bei der Durchführung dieser „Verfassung“ zu unterstützen, ist ein der Arbeiterklasse, der Sozialdemokratie, geworfener Fehdehandschuh. Zwischen dieser Partei der konstitutionellen Monarchisten, die von der Regierung der „Schwarzen Hunderte“ eine Verfassung erwarten und mit ihr, nicht aber zusammen mit „der Strafe“ die Freiheit durchsetzen wollen, und der Sozialdemokratie wird es über kurz oder lang zu scharfen Kämpfen kommen, die umso schroffer werden, je mehr die Bauernunruhen zunehmen. Schon der erste Fehdehandschuh des Bauernaufstandes hat genügt, um den agrarischen Liberalismus in die Flucht zu jagen: die Angst vor der Revolution war die Grundnote aller Reden auf dem Kongress. Jetzt drängen die Herren auf die schnellste Durchführung der Duma-Wahlen zur Wiederherstellung der „Ordnung“. Und man kann sicher erwarten: wenn diese liberalen Männer erst ihre Portfeuille haben und an der Macht sind, sie werden im rückwärtslosen Gebrauch der Gewalt gegen die revolutionäre Arbeiterklasse und das Bauerntum den Absolutismus noch in den Schatten stellen! . . . Mittlerweile rüftet die städtische Arbeiterklasse feberhaft zu weiteren Kämpfen. Die ganze Energie der Sozialdemokratie in Rußland wie in Polen ist jetzt auf die Organisation der Masse gerichtet. In erster Linie sieht hier neben der Gründung einer legalen Parteipresse die Schaffung legaler oder halblegaler Gewerkschaften, sodann auch die Legalisierung der politischen Organisation der Sozialdemokratie. Neue Probleme der Taktik und der Organisation tauchen dabei auf Schritt und Tritt auf, und so geht, äußerlich unbemerkt, besonders für das Ausland unsichtbar, das Werk der inneren Klärung und Festigung des Kampfes unermüdet fort. Die Revolution ruht nicht eine Sekunde auf den Vorbeeren. In den Momenten, wo sie keine lauten Schläge schlägt und die Welt nicht mit Waffengeklirr füllt, verrichtet sie den wichtigeren Teil ihrer historischen Arbeit: sie formt Klassen und Parteien, vertieft das politische Bewußtsein, organisiert; sie trennt das sozialistische Bewußtsein und vereinigt, was zu einander gehört. Und als bewußter Träger dieses Revolutionswerkes funktioniert eben zum ersten Male die Sozialdemokratie.

Zwischen scheint der Kampf um die Freiheit von neuem entbrannt zu sein. In Sebastopol „meuterten“ die Matrosen und Soldaten des Regiments West. Ueber die dortigen Vorgänge liegen folgende, teilweise offiziöse Meldungen vor: Der Admiralstab der Marine teilt mit: Die Ereignisse in Kronstadt fanden ein Echo bei der Flotte des Schwarzen Meeres. Admiral Schutinin berichtet, daß die Matrosen unter dem Einfluß der sozialistischen Propaganda in Sebastopol eine Reihe von Ungehörigkeiten veranfaßten. Die Bewegung breitete sich auf verschiedene Teile des Heeres aus. Bei einer Versammlung wurde der Admiral Pissarewsky schwer verwundet. Die Lage ist ernst, obgleich nach einem um 6 1/2 Uhr nachmittags eingegangenen Bericht keine Anzeichen dafür vorhanden sind, daß eine Plünderung der Stadt zu erwarten ist. — Die Sonnabend nachmittag um 4 Uhr abgehaltene Massenversammlung von Soldaten, Matrosen und Arbeitern verlief ruhig. Das an der Versammlung nicht teilnehmende Regiment Bialystok stand am Versammlungsorte bereit, etwaigen Ausschreitungen entgegenzutreten. Die Einwohner flüchteten aus der Stadt. Abends erzwangen die Meuterer die Einstellung des Bahnverkehrs. Das Regiment West ging zu den Meuterern über, nachdem diese den Festungskommandanten, den Regimentskommandeur und fünf Offiziere festgenommen hatten. — Nach Privatmeldungen aus St. Petersburg soll die Lage in Sebastopol sehr ernst sein. Obgleich Einzelheiten nicht bekannt sind, glaubt man, daß die Stadt in den Händen der „meuternden“ Soldaten und Matrosen ist. Diese ziehen zusammen mit Sozialisten mit roten Fahnen durch die Stadt. Es heißt, daß die ganze Schwarze Meer-Flotte in den Händen der „Meuterer“ sei.

Eine aus Warschau eingetroffene Privatnachricht aus Charbin besagt, die Mandschurische Armee meutere und revoltiere. Die Besatzung habe die Stadt in Brand gesetzt. Die Behörden seien machtlos. Offiziere und auch das ärztliche Personal lebten seit drei Wochen fortwährend in größter Gefahr. Die Zahl der „Meuterer“, einschließlich der Offiziere, wird auf 50 000 Mann angegeben.

Die Besatzung und die Reisenden eines in Waschora angelandenen russischen Handelsschiffes meuterten an Bord und proklamierten die Revolution. Auf Veranlassung des russischen Konsulats verhafteten jedoch die türkischen Lokalbehörden die Hauptschuldigen.

Unter den Revolutionären in Petersburg herrscht große Erregung. In der Nacht zum Sonnabend verhaftete die Polizei drei intelligente Arbeiter, die zu den Hauptführern ihrer Partei zählen. Die Partei will mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die baldige Befreiung ihrer Führer durchsetzen.

Die Agitation für den Achtstundentag in Petersburg ergab bisher folgende Resultate: 5 Fabriken mit 1700 Arbeitern entließen diese, 7 kündigten die Entlassung an, die neue Admittations- und die Baltische Werft sowie noch einige andere arbeiten unter den bisherigen Bedingungen. In den Putilowwerken und in den Fabriken fast des ganzen Karawadschen und Moskauer Stadtviertels nahmen die Arbeiter die Arbeit wieder auf, um ihre Organisationsarbeit weiter zu entwickeln.

In Moskau freiten seit Freitag die Arbeiter einer ganzen Reihe von Fabriken in verschiedenen Stadtteilen. Die Angehörigen und die Schaffner und Reiter der elektrischen und der Pferdebahn einer belgischen Gesellschaft legten die Arbeit nieder. Der Tramwayverkehr auf zahlreichen Linien stockte. Der Telefonverkehr in der Stadt ist unterbrochen wegen des Ausstandes der Angestellten des Zentralamtes.

Der Truppantendant des Militärbezirks Kiew lehnte kategorisch ab, Maßregeln gegen die Ausländer zu ergreifen und erklärte, daß er nur nach seinem Gewissen handeln würde. Bravo!

Dem Reiterischen Bureau wird aus Djeffa telegraphiert, daß die meuternden Matrosen in Sewastopol den Admiral Wisarowsky verhaften und einen anderen Offizier getötet haben sollen. Dem Chefadmiral gaben die Meuterer auf, die Stadt innerhalb dreier Tage zu verlassen. Der Eisenbahnverkehr ist wieder unterbrochen. Der Ernst der Lage scheint noch zuzunehmen. Von Djeffa sind Truppen nach Sewastopol abgegangen.

Australien.

Der Sozialismus in Australien. Die „International Socialist Review“ von Chicago bringt einen Artikel aus der Feder des Genossen Tom Mann über die Entwicklung des Sozialismus in Australien. Es sind, so schreibt Tom Mann, kaum 15 Jahre her, daß man von einer politischen Arbeiterbewegung in Australien sprechen kann. 1890 brach der große, unter dem Namen „Marinestreik“ bekannte Ausstand der Schiffskapitäne und Matrosen aus. Dieser Streik und vor allem die offensichtliche Parteinahme der Regierung für die Unternehmer enthüllten den Arbeitern den wahren Charakter des Staates und der Regierung als eines Klassenstaates und einer Klassenregierung. Von diesem Zeitpunkt an datiert die politische Aufklärung der Arbeiterklasse. Jetzt bestehen in allen Staaten des australischen Bundes Arbeiterparteien, und wenn auch die Sozialisten noch nicht in allen die Mehrheit haben, so sprechen die Gegner von ihnen doch nicht anders als von „sozialdemokratischen“ Parteien. Uebrigens sind in diesen Arbeiterparteien Gegner des Sozialismus nicht vorhanden, höchstens solche, die sich aus mangelnder Kenntnis der sozialistischen Gedankenwelt als Sozialisten noch nicht bekennen. Dies ist sehr erklärlich; denn bis vor wenigen Jahren beschränkte sich der ganze politische Kampf auf die Streikfrage um Schutz und Freiheit. Seit etwa drei Jahren schreitet die Entwicklung der Arbeiterpartei immer schneller fort und neigt mehr und mehr zum Sozialismus. Die Vertreter der Arbeiterklasse im australischen Bundesparlament sind zu zwei Dritteln Sozialisten; Gegner des Sozialismus sind unter ihnen nicht zu finden. Das Programm der Arbeiterpartei ist kein sozialistisches, aber die namhaftesten Führer haben sich öffentlich für den Sozialismus in einer Weise festgelegt, daß sie gar nicht mehr zurückkommen. Einen sehr weiten Schritt nach vorwärts haben die Vertreter der Arbeiterpartei sämtlicher Bundesstaaten in einer kürzlich abgehaltenen Konferenz in Melbourne getan, indem sie sich als entschiedene Gegner der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erklärten, die zu befeitigen sei durch Uebernahme der Produktionsmittel und Kontrolle über die Produktion und Distribution durch die Allgemeinheit. Am Schluß eines Artikels macht Tom Mann Mittelweg über die jüdische Stärke der Arbeiterpartei in den verschiedensten Staaten. In Westaustralien befindet sich bereits seit 12 Monaten ein Arbeiterministerium am Ruder. In Südastralien haben vor ungefähr vier Monaten die allgemeinen Wahlen stattgefunden; sie wurden geführt unter der Wahlsparole: Für und wider den Sozialismus. Das Resultat dieses Kampfes war eine große Vermehrung der Stimmenzahl und die Eroberung von neuen Mandaten, so daß die Arbeiterpartei in diesem Staate jetzt 15 Vertreter zählt statt sechs in der vorigen Session. In Neu-Südwales und Victoria spielt die Arbeiterpartei im Parlament die entscheidende Rolle zwischen Schutzpatronen und Freihändlern; in Tasmanien wurden kürzlich vier Arbeiterabgeordnete gewählt. Nur in Neuseeland konnte die Arbeiterpartei bisher Wahlerfolge noch nicht erzielen. Tom Mann spricht die zuverlässigste Hoffnung aus, daß die australische Arbeiterpartei bald in gleicher Reihe mit der großen proletarischen Armee der übrigen Kulturwelt marschieren werde.

wird Sache der Bürgerschaft sein. Nach dem beinahe 200 Druckseiten und viele Karten umfassenden Bericht Rehbbers soll die Buppenbrücke erneuert werden und zu diesem Zweck der Stadtgraben verengt werden. Die Brücke wird nur einen Bogen erhalten. Auf Vorwerk ist die Schaffung einer Fabrikstadt geplant und auf der Rodentoppel in der Nähe des Schlachthaus wird ein Sammelplatz für die Lowrys der Seehafen- und Kanalhafenbahn geschaffen werden. Man will dadurch vermeiden sehen, daß die jetzigen Bahnhofserrats zu solchen Zwecken wenn auch nur provisorisch verwendet werden. Dazu sind sie zu wertvoll. Die Seehafenbahn soll in einem Abstände von 300-600 Meter längs der Trave von Moisling bis zum Bornsteich bei Jvendorf geführt werden. Bei Trems wird sie die alte Trave nach der Leerhofsinsel überschreiten, diese durchschneiden, dann über den Schwartaufer Hafen und Altlübeck nach Danischburg führen und dann weiter nach Herrenwyl, Dummerdorf zum Bornsteich. Dem Bürgerausschuß ist nun folgendes Senatsdekret zugegangen, das ihn in einer Sitzung am Sonnabend beschäftigte: „Schon als die Arbeiter für die Herstellung des Elbe-Trave-Kanals und für die Vertiefung des Fahrwasser der Trave sich ihrem Abschluß näherten, ist der Senat in Erwägungen darüber eingetreten, wie unsere Wasserstraßen am besten nutzbar zu machen und welche Maßnahmen zu ergreifen seien, um die für ihn belegen Gelände den Zwecken des Handels und der Industrie zu erschließen. Den gleichen Zweck, insbesondere die Schaffung geeigneter Industriegebiete, hatten auch ein Ersuchen des Bürgerausschusses vom 25. Mai 1898, sowie an den Senat gerichtete Eingaben der Handelskammer und des Industrievereins im Auge. Der Senat hat demzufolge die Baudeputation beauftragt, ihm eine Vorlage hierüber entgegenzubringen. Diesem Auftrage entsprechend, ist vom Präsidium der Baudeputation dem Senat der als Anlage 1 beigefügte Bericht des Oberbaudirektors Rehbber vom 8. März 1905, betreffend die bauliche und wirtschaftliche Ausgestaltung und Ausbarmachung der Lübeckischen Hauptschiffahrtsstraßen, vorgelegt. Der Bericht berücksichtigt besonders die für Handel, Industrie und Verkehr teils schon jetzt auszuführenden, teils durch Erwerb der nötigen Landflächen und durch gesetzliche Maßnahmen vorzubereitenden und für die Zukunft sicherzustellenden Hafen- und Bahnanlagen, sowie die sonstigen für die Verkehrsbelebung an den Gewässern erforderlichen Bösch- und Uferarbeiten. In ihm ist das Ergebnis mühevoller Arbeiten und Untersuchungen zusammengefaßt, die den technischen Leiter unseres Wasserbauwesens und die ihm unterstellten Beamten seit Jahren beschäftigt haben. Nach Prüfung des Berichtes, der als eine schätzenswerte Grundlage für die Erreichung des angestrebten Zieles anerkannt werden muß, setzte der Senat unter dem 5. Juli d. J. eine Kommission mit dem Auftrage ein, ihm Vorschläge für die zunächst zu ergreifenden Maßnahmen entgegenzubringen. Die Kommission hat es für ihre Pflicht erachtet, möglichst beschleunigt die für die Ausführung der Pläne des Oberbaudirektors erforderlichen Landflächen für den Staat an die Hand zu nehmen. Indem sie alle weiteren in Betracht kommenden Fragen, welche die gesetzliche Festlegung der vom Oberbaudirektor vorgelegten Ufer- und Behauungspläne, die Errichtung der Anlagen und die Bemessung der hierfür aufzuwendenden Mittel betreffen, zurückstellte, hat die Kommission durch den Katasterdirektor Diestel, dem der Dekonomierat Schöff zur Seite trat, mit den in Betracht kommenden Grundeigentümern in Herrenwyl, Kücknis, Jvendorf, Dummerdorf und Schlutup verhandelt. Das Ergebnis bilden die in dem als Anlage 2 beigefügten Hauptverzeichnisse vom 4. November d. J. aufgeführten, unter Vorbehalt der höheren Genehmigung geschlossenen dreißig Kaufverträge, sechs gerichtliche beurkundeten Kaufangebote und dreißig Pachtverträge. Durch letztere ist das angekaufte Land den Verkäufern mit einigen Ausnahmen vorläufig auf 5 Jahre wieder in Pacht gegeben. Das Nähere über die einzelnen Verträge und den Umfang des Landerwerbs ist aus dem Spezialverzeichnis vom 19. Oktober 1905, der Kostenzusammenstellung vom 4. November 1905 und der Karte des Katasteramtes vom 30. September 1905, welche zur Einsicht ausgelegt sind, zu ersehen. Die zur Durchführung der Verträge erforderlichen Mittel belaufen sich auf 1247254,22; davon entfallen auf die mit dem Abschluß der Verträge verbundenen Kosten 18993,36 Mk. Unter den für den Staat angekauften Ländereien befinden sich auch diejenigen, deren das Hochwasserwerk für seine Anlagen bedarf und die an dieses demnach wieder abgetreten werden sollen. In den Verträgen und Angeboten ist durchweg bestimmt, daß die Umschiffung und die Auszahlung des Kaufgeldes vor dem 1. April 1906 erfolgen sollen, nur der Käufer J. S. F. Lange zu Schlutup hat sich an sein Angebot nur bis zum 31. Dezember d. J. gebunden. Die Kommission hat die Genehmigung der getroffenen Abmachungen und die Bereitstellung der hierfür erforderlichen Mittel beantragt. Der Senat hat hierauf die gutachtliche Aeußerung der Baudeputation und des Finanzdepartements eingeholt. Beide Behörden haben sich am 16. November d. J. einstimmig für die Genehmigung des Antrages ausgesprochen. Der Senat beabsichtigt demnach, zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft zu verstellen; daß den in den Gemeinden Herrenwyl, Kücknis, Dummerdorf, Jvendorf und Schlutup aufgeführten Kaufverträgen die Genehmigung erteilt und das Finanzdepartement zur Annahme der in diesem Verzeichnisse aufgeführten Kaufangebote ermächtigt werde, und die zur Durchführung erforderlichen Mittel zum Betrage von 1247254,22 auf die Anleihe des Staates angewiesen werden. Der Bürgerausschuß empfiehlt einstimmig der Bürgerschaft die Vorlage zur Mitgenehmigung.

Ueber die agrarische Versammlung, welche kürzlich hier stattfand, und in der für hohe Fleischpreise und Milchverteuerung eingetreten würde, ist in der hiesigen bürgerlichen Presse mit einer Ausführlichkeit berichtet worden, die einer besseren Sache wert gewesen wäre. Gegen die Tendenz dieser Versammlung ist natürlich von Seiten der bürgerlichen Presse nicht Stellung genommen worden, einmal, weil man fürchtete, dadurch Abonnenten zu verlieren und andererseits, weil man im Grunde des Herzens vielleicht mit den Bestrebungen der Agrarier sympatisch ist. Der freisinnige Landbote, der nur über beschränkten Raum verfügt, hat allerdings nicht viel über die Versammlung gebracht, jedoch die Bemerkung ausgeprochen: „Ueber das, was sonst in der Versammlung passiert ist, berichten „Lüb. Anz.“ und „Gen.-Anz.“ sehr ausführlich und ohne jede Stellungnahme, was auch sehr bezeichnend ist, aber uns nachher das nicht wundern.“ Dazu bemerkt nun bisshin das Amtsblatt: „Wenn das gewesene Bürgerchaftsmitglied Heise uns damit zu Besuchern der Agrarier stempeln will, so entgegenen wir ihm, daß seine Gegnerische Haltung gegen die Agrarier auch nicht so weit her ist. Wie in jener Versammlung öffentlich mitgeteilt wurde — wir wollen nunmehr unseren Bericht vervollständigen — ist ja Herr Heise bereit gewesen, für 90 Mk. die Entgegnung des

agrarischen Führers Herrn Hofbesiger Eggers gegen die bekannten Ausführungen des freisinnigen Herrn Professor Dr. Baehde in seinem Organ zu veröffentlichen. Die Agrarier hatten es aber bei der Anfrage bewenden lassen und erklärten in jener Versammlung, sie gingen über Herrn Heise ebenso wie die Lübecker Bürgerchaftsmähler zur Tagesordnung über. Also hübsch ruhig, Herr Heise! — Die „Lübeckischen Anzeigen“ wollen damit sagen, daß auch der „Landbote“ für Geld und gute Worte die Geschäfte der Agrarier besorgt. Um, hm! Auch wir sind der Meinung, daß in dieser Beziehung alle bürgerlichen Zeitungen Lübecks einander nichts vorzumerzen haben!

Das große Gala-Saalfest des Arbeiter-Radsahrer-Vereins, das am Sonntag im „Vereinshaus“ stattfand, war überaus zahlreich besucht und nahm einen glänzenden Verlauf. Die einzelnen Programm-Nummern wurden ergötzt ausgeführt und fanden reichen Beifall. Besondere Erwähnung verdient Herr Dahlkemper nebst Tochter aus Kiel, die im Kunstfahren hervorragendes leisteten, sowie Herr Wustlin, der mit seinem humoristischen Einführungsstück viele Anerkennung fand. Stürmische Heiterkeit erregte die Pantomime „Ein Barbiersalon mit Hindernissen“.

Ein richtiges Sanwetter herrschte gestern nachmittag und machte den Ausflugsprojekten vieler Spaziergänger ein vorzeitiges Ende. Unaufhörlicher Regen strömte hernieder und machte den Aufenthalt im Freien zum mindesten sehr ungemütlich. In der Nacht setzte ein starker Wind ein, der sich heute morgen zum Sturm auswuchs. Viele Zweige der Bäume bedeckten heute früh die Alleen und Chauffeen und diverse Leute waren zu beobachten, die mit den ihnen fortgeführten Hüten um die Wette liefen.

Richard Laube-Abend. Wir machen unsere Leser nochmals auf den heute Abend im Vereinshaus stattfindenden Lichtbilder-Vortrag „An den Küsten dreier Erdteile, eine Seefahrt von Hamburg nach Konstantinopel“ aufmerksam. Sowohl der Vortrag selbst, als auch die eigens für denselben angefertigten prächtigen Bilder werden das Interesse jedes Zuhörers erregen. Eintrittspreis 20 Pf. Anfang 8 1/2 Uhr präzise.

Ein „Marinefachverständiger“. Der Seestern 1906. Der Zusammenbruch der alten Welt. Unter diesem schönen Titel ist zur Einleitung einer kräftigen Flottenpropaganda ein Buch erschienen, aus dem alle „patriotischen“ Blätter spaltenlange Auszüge bringen. Man sucht der Schrift eine besondere Bedeutung zuzuerkennen durch die geheimnisvolle Aenderung, ihr Verfasser sei ein Sachverständiger, ein Marineoffizier. Wir können die Nachricht ergänzen. Der Verfasser ist kein gewöhnlicher Offizier, sondern ein leibhaftiger kommandierender General, unferwegen auch Admiral. Die Meere, in denen er den Seestern oder Dreizeck schwingt, sind die Pleißengewässer der großen Seestadt Leipzig, sein Admiralschiff führt den stolzen Namen „Leipziger Neueste Nachrichten“ und er selbst nennt sich Dr. Ferdinand Grautoff. — Zu diesem „Sachverständigen“ kann man unsern Flottenpropagandisten von Herzen gratulieren. Dr. Grautoff war übrigens vor Jahren „Chefredakteur“ der „Lübeckischen Anzeigen“; wir hatten zwar damals noch keine Gelegenheit, ihn als Marinefachverständigen kennen zu lernen, wohl aber als einen Mann, der sich einen Titel beilegte, den zu führen er nicht berechtigt war.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag den 4. Dezember statt. An derselben werden erstmalig unsere Genossen teilnehmen.

Für das Bahnprojekt Lübeck-Seeberg bewilligten die Gemeinden: Geisenhuf 25 000 Mk., Westerrade 55 000 Mk., darunter 15 000 Mk. von privater Seite. Struckdorf 40 000 Mk., darunter 3000 Mk. von privater Seite. Die Gemeinde Steinbeck, die 10 000 Mk. gezeichnet hat, beschloß diese Summe zu erhöhen. Die Gemeinden Weede und Mielsdorf sind sich über die zu zeichnenden Summen noch nicht einig.

Ein „wirtschaftlicher Schutzverband“ für das Tischlergewerbe ist, wie uns berichtet wird, im Laufe voriger Woche hier in Lübeck gegründet worden. Während die Preise für Lebensmittel eine unerhörte Höhe erreicht haben und voraussichtlich nach Inkrafttreten des neuen Zolltarifes noch erheblich steigen dürften, soll durch den wirtschaftlichen Schutzverband verhindert werden, daß in Zukunft die Löhne der Arbeiter — wenigstens in der Holzbearbeitungsbranche — eine Besserung erfahren und den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend gestaltet werden. Nachdem sich nun das Unternehmertum organisiert hat, um den Arbeitern gegenüber geschlossen aufzutreten, ist es eine dringende Notwendigkeit, daß auch die Arbeiter sich einmütig dem Verbands anschließen.

Nach den Listen des Germanischen Nord sind in der Zeit vom 1. bis 8. November im ganzen 217 Schiffsunfälle gemeldet worden. Es sind 5 Dampfer und 24 Segelschiffe total verloren gegangen. 129 Dampfer und 59 Segelschiffe haben Beschädigungen erlitten.

pb. Leichenfund. Am Sonntag den 26. d. Mts. vor-mittags gegen 9 1/2 Uhr wurde am westlichen Ufer der Trave unweit der Drehbrücke eine unbekannte, anscheinend dem Seemannsstande angehörige Leiche aus dem Wasser gezogen. Der Verstorbene war etwa 20 Jahre alt, 1,68 Meter groß, hatte dunkelblondes Haar, rundes volles Gesicht und kleinen blonden Schnurrbart und war von kräftiger Statur. Er war bekleidet mit einem dunklen Jackettanzug, dunklem Röcher, weißem leinenen Hemd, wollestem Unterhemd, Normalunterhose, dunklen wollenen Strümpfen und einem Paar guter Schaffelfel. Außer einem kleinen Geldebeuge in deutschen Münzen befanden sich bei der Leiche eine finnische Kupfermünze mit der Bezeichnung „5 Pennia 1897“, eine Schaggeise und eine Zigarettenspitze. Die Leiche, die etwa 4 Wochen im Wasser gelegen haben kann, ist wahrscheinlich diejenige des seit dem 26. v. Mts. vom Kapitän des Dampfers „Sinnland“ vermißten Matrosen Salomon Saari. Eine Photographie der Leiche liegt im Bureau der Kriminal-Abteilung aus. Personen, welche in der Lage sind, Angaben über die Persönlichkeit des Verstorbenen zu machen, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminal-Abteilung zu melden.

pb. Ermittelter Fahrradwader. Ermittelt und festgenommen wurde ein erst kürzlich aus dem Gefängnis entlassener Maurergeselle, welcher am Sonnabend, den 25. d. Mts., vom Hausflur eines an der kleinen Allee befundenen Wirtschaft ein Fahrrad gestohlen hatte. Die letzte Strafe hatte er ebenfalls wegen Fahrraddiebstahls verbüßt.

pb. Eine schlimme Nachbarschaft. Gegen eine Ehefrau, die ihre Nachbarn mit einem emaillierten Topf an den Kopf schlug, wurde Anzeige wegen Körperverletzung erstattet.

pb. Fahrraddiebstahl. Vom Flur des Hauses Bedergrube 68 wurde in der Zeit vom 24.-26. d. Mts. ein altes Fahrrad ohne Marke mit der Holzeinheitsnummer 3369, schwarzem Gestell, schwarzen Felgen und gerader Lenkstange gestohlen. Die Speichen des Hinterrades sind schwarz lackiert, diejenigen des Vorderrades blau emailliert.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 27. November.

Für die neue Tabak- und Biersteuer tritt unser Amtsblatt ein, nachdem es früher bereits den Lebensmittelpreiser, d. h. die Erhöhung der Zölle auf Nahrungsmittel beantwortet hat. In einer Bolesmit gegen den „Bormärker“, welche die „Lübeckischen Anzeigen“ zum Abdruck bringen und die als Ursache die Aeußerungen unseres Parteiorgans zur Flottenvorlage hat, heißt es u. a.: „Nach der Bewilligung der Tabak- und der Biersteuer wird der deutsche Arbeiter noch behaglicher leben können, als der preussische Bürger nach den Erfolgen von 1813/15, geschweige denn da nach den Niederlagen von 1806/07. Die Sicherung dieses vergleichsweise behaglichen Lebensgenusses ist wohl der Versicherungsprämie wert.“ — Was braucht ein Arbeiter Bier oder Tabak? Beide enthalten ja Gifte, und deshalb liegt es im Grunde genommen noch im Interesse der minderbemittelten Bevölkerungsschichten, wenn diese Produkte hoch besteuert werden! Nicht wahr? Die Aeußerung von dem behaglichen Leben der Arbeiter ist ein blutiger Hohn auf die Wirklichkeit. Daß durch die Verteuerung des Tabaks und des Biers eine große Anzahl von Arbeitern beschäftigungslos und dem Hunger preisgegeben wird, ist dem Amtsblatt gerade recht, denn ein möglichst großes Heer von Arbeitslosen liegt im Interesse des Unternehmertums, und diesem dienen ja die „S. A.“. Es ist eine Schande, daß das amtliche Organ der Handelsrepublik Lübeck so schamlos für die Verteuerung aller wichtigen Nahrungsmittel und Genußmittel eintreten darf.

Ein neues Willkürprojekt wird demnächst der Bürgerschaft zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt werden. Es handelt sich um die Ausgestaltung und Ausbarmachung der Lübecker Hauptschiffahrtsstraßen. Die Notwendigkeit einer größeren Ausbarmachung der hiesigen Schiffahrtsstraßen ist bei den kolossalen Summen, die man für dieselben aufgewendet hat, wohl von keiner Seite zu bestreiten. Eine andere Frage ist jedoch, ob der vom Baudirektor Rehbber und Senat eingeschlagene Weg dieses Ziel erreichen wird und gangbar ist. Das eingehende zu prüfen

Für unsere Frauen.

Militarismus.

K. Seit langen Jahren rufen die enormen Ausgaben, die für den Molooh „Militarismus“ aufgewendet werden, berechtigter Entrüstung im Volke hervor. Besondere Ursache, dieses System einmal genauer anzuschauen, haben auch die Frauen, da sie die gewaltigen Summen, die der Molooh verschlingt, mit ausbringen müssen. Denn jeder Deutsche ist diesem Molooh tributpflichtig; die deutsche Bevölkerung bezahlt nach einer Berechnung aus dem Jahre 1903 jährlich pro Kopf rund 21 Mark für Heer und Marine.

Der Steuerzettel verzeichnet diese Last freilich nicht. Kein Gerichtswollzieher pfändet diese Summe. Wir bezahlen sie in den barch Bölle und indirekte Steuern künstlich erhöhten Preisen unserer wichtigsten Lebens- und Genussmittel. Wäre diese künstliche Verteuerung, die dem Militarismus dient, nicht da, so würde der knappe Lohn des Arbeiters viel weiter reichen. So kann die Mutter den Kindern größere Brotkrumen schneiden und braucht sie nicht vornehmlich auf Kartoffelkost zu setzen, unzureichend für den Aufbau eines gesunden Körpers, der gesunden Geistes beherbergt. Und hinter muß es die Mutter empfinden, daß bei jeder Verzögerung der Familie auch der Tribut an den Militarismus wächst. Vom Kinde schon nimmt er die Steuern, denn das Kind verzehrt ja auch die vom Militarismus verteuerten Lebensmittel. Der Kindererzegen, von dem die Bibel spricht, er wird in unserer verdorbenen Gesellschaft zum Fluch!

Diese Militärslaster belasten das arbeitende Volk bis zum Weißbluten an; wie ein Krebsgeschwür am menschlichen Körper Verwundungen und Verwüstungen anrichtet, so verübt der Militarismus Verwüstung am Gesellschaftskörper und untergräbt die Volkswirtschaft, daß Not und Elend in breiten Volksschichten nicht verschwinden.

Der Militarismus ist ein Zwillingbruder des Kapitalismus. Während dieser Raubbau mit der Arbeitskraft des Proletariats treibt, für möglichst niedrige Löhne die Arbeitskraft der Bevölkerungsmehrheit ausbeutet, suchen die geschlechtslosen Körperlichkeiten die gewaltigen Summen, welche der Militarismus verschlingt, durch Steuern und Verbrauchsabgaben aus den Taschen des Proletariats herauszuholen.

Schon jetzt warten Kriegsminister und Marineamtsekretär sehnsüchtig auf die Goldgrube, die der neue Zolltarif für dieses System bringen wird. Alle Milliarden, die der Militarismus verschlingt, werden vorwiegend durch die Besteuerung der Armen und Vermögenden aufgebracht, und wahrlich, die Summen sind nicht gering!

Im Jahre 1880 betrug die Gesamtausgabe für Heer und Marine 463 Millionen Mark, im Jahre 1903 waren schon 1065 Millionen Mark notwendig, um die laufenden Ausgaben zu decken und immer neue Quellen werden gesucht und gefunden, um Futter für diesen Molooh herbeizuschaffen. In der nächsten Reichstagsession wird wiederum verjacht werden, aus dem Tabak und dem Bier neue Summen herauszupressen.

Tausende und Abertausende junger kräftiger Söhne des Volkes werden alljährlich aus ihren Berufen herausgerissen, um sich einem Drillsystem zu unterziehen, das den Menschen zur Maschine entwürdigt.

Durch den Militarismus werden die Klassengegensätze verschärft und das Volk vom Volke getrennt. Das dokumentieren die Worte Wilhelms II.: „Wenn ich es befehle, so müßt ihr auf Vater und Mutter schießen!“

Angesichts solcher Tatsachen kann es nicht wunder nehmen, daß die Mutter ihren unter Schmerzen und mit Gefahr des eigenen Lebens geborenen Sohn nur ungern den bunten Rock anziehen läßt. Weiß sie doch von vielen Nachrichten über schändliche Soldatenmißhandlungen, was eventuell auch ihrem Sohne passieren kann. Denn das militärische Drill-

system treibt rohe, gefühllose Vorgesetzte gar leicht zu Soldatenschändereien, wodurch schon manches blühende Menschenleben frühzeitig vernichtet worden ist. Durch den aller Kultur hochsprichenden Militarismus wird das Mutterherz häufig recht schwer getroffen; daher sollten die Frauen weit mehr als wie bisher diesem System den Krieg erklären.

Unsere Technik mit allen modernen Erzeugnissen dient heute zur Erzeugung und Verbesserung der Mordwerkzeuge, die beim Völkermorde Verwendung finden. Um eines Streifens Land, um persönlicher Angelegenheiten derer von „Gottes Gnaden“ willen, durch alle möglichen kleinsten Vorkommnisse können heute Kriegsgrenzen entsaftet werden, die verderbenbringend unsere Kulturstaaten mit Hungerkröten und Epidemien überfluten.

Schon der Kriegsgedanke erfüllt uns mit Entsetzen. Der ostasiatische Krieg hat gezeigt, welche Wunden ein mit modernen Waffen geführter Krieg schlägt.

Um verachtete Völkermorde, die im Interesse weniger Kapitalisten geführt werden, zu verhindern, bedürfen wir einer Ummodelung unserer sogenannten „göttlichen Weltordnung“. Der Ruf: Die Waffen nieder! klingt zwar recht schön, doch zeigen die Argernisse wenig Neigung, diesem Rufe zu folgen. Erst wenn der sozialistische Gedanke von allen Herzen Besitz ergreift, erst dann wird eine andere Weltordnung Platz greifen, worin keine am Markt der Völker zehrenden Einrichtungen gebildet werden. Dann tritt auch der Ruf unseres Programms in Kraft, der da lautet: Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, Volkswehr an Stelle der stehenden Heere, Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung, Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.

Der Frauenwelt liegt nun die schöne Aufgabe ob, innerhalb der Sozialdemokratie das Grab des Militarismus mit Schwefel zu besetzen. Er muß versinken, um für den Kulturfortschritt und den Völkerfrieden Platz und Raum zu geben.

Vorwärts! Frauen und Mädchen des Proletariats, heißt das kulturfeindliche System des Militarismus, auf den die Kapitalmacht sich stützt, vernichten! Helft der Sozialdemokratie zum Siege!

Soziales und Parteileben.

Wäschereiarbeiterinnenstreik in Bielefeld. Freitag Morgen haben sämtliche Arbeiterinnen der letzten noch in Betrieb befindlichen Wäschefabriken in Bielefeld die Arbeit niedergelegt, ausgenommen in vier Fabriken, die die Forderungen bewilligt haben. Es streikten etwa 1000 Arbeiterinnen.

Achtung, Maschinisten und Heizer Deutschlands! Laut Beschluß des Verbands-Vorstandes ist Berlin für den Bezug von Maschinisten und Heizern so lange gesperrt, bis die aus den V. G. B. Zentralen ausgeperrten Maschinisten und Heizer wieder in Stellung gebracht sind. Entgegen der Forderung des Generaldirektors Rathenau, Maschinisten und Heizer wieder einzustellen, sind bis jetzt noch ca. 60 Mann ausgeperrt.

Die Wahlrechtsbewegung in Oesterreich-Ungarn. In Wien haben 25 Branchenversammlungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Arbeiterruhe am Tage der Parlamentsöffnung — den 28. November — beschlossen. — In Budapest fand am 19. November eine zahlreich besuchte Versammlung von Arbeiterinnen statt, in welcher mehrere Arbeiterinnen Reden hielten. Es wurde eine Resolution angenommen, in welcher die versammelten Arbeiterinnen ihren Anschluß an den Kampf der sozialdemokratischen Partei ausprechen und dem Programm dieser Partei gemäß ohne Unterschied des Geschlechts das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht gefordert und erklärt wird, daß die Arbeiterinnen in diesem Kampfe zu jedem Opfer bereit seien. Vor dem Versamm-

lungsort hatten sich circa 1500 Arbeiter angesammelt, welche die Versammlungsteilnehmer mit lebhaften Eisenrufen begrüßten.

Kein sozialistisches Gift für die Kaserne. Ein junger Mann meldete sich infolge öffentlicher Ausschreibung beim 4. Artillerieregiment in Augsburg als Zweijährig-Freiwilliger und erhielt nach einiger Zeit vom Wachmeister eine Karte folgenden Inhalts: „Mache Ihnen hiermit die Mitteilung, daß Sie nicht als Zweijährig-Freiwilliger eintreten können, nachdem Sie die „Schwäbische Volkszeitung“ lesen und Mitglied eines sozialdemokratischen Arbeiterbundes sind. Da die Verhältnisse so stehen, müssen Sie warten, bis Sie zur Musterung kommen.“ Der junge Mann wird sich Mühe geben, bis dahin ein noch gefährlicherer Sozialdemokrat zu werden.

Der Arbeiter-Notizkalender für 1906 ist im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienen. Der in Partei- und Gewerkschaftskreisen allgemein beliebte Kalender hat sich als ein nützlicher Ratgeber und als ein unentbehrliches Nachschlagebuch für alle organisierten Arbeiter eingebürgert. Wir finden in der neuen Ausgabe eine kurze Abhandlung aus der Parteigeschichte der letzten 40 Jahre, die manchem jüngeren Genossen willkommen sein wird. Ferner einen bemerkenswerten Aufsatz von Emanuel Burn über „Normale Ernährung und Volksernährung“: ein Aufsatz, der auch auf diesem Gebiete agitatorisch ausgenutzt werden kann. In einer kurzen Abhandlung ist „Wissenswertes aus dem gewerkschaftlichen Recht“ dargelegt. Daneben enthält der Kalender die Ergebnisse der Reichstagswahlen und zahlreiche, für die Arbeiter notwendigen Adressenmaterial. Ein vorzüglich ausgestattetes Bild, „Teilnehmer am Einigungskongreß in Gotha 1875“ erinnert die Parteigenossen an jenes denkwürdige Ereignis und dient dem Kalender als besonderer Schmuck. Der Preis für den Kalender ist 60 Pf., er ist in allen Parteibuchhandlungen vorrätig und durch Kolportage u. Zeitungs-träger zu beziehen.

Erklärung. Der Gesamtvorstand und Kontrollaus-schuß des Aiten Bergarbeiterverbandes erläßt in der Angelegenheit Hue und Veimpeeters eine Erklärung, wonach die durch die Presse gehende Nachricht, die Redakteure der „Bergarbeiterzeitung“ Hue und Veimpeeters hätten gekündigt und gingen als „Opfer des Vorwärtskonfliktes“, unrichtig ist. Veimpeeters sei schon im vorigen Jahre aus der Redaktion ausgeschieden und nur vorübergehend wieder an die Stelle eines verstorbenen Kameraden eingetreten.

Aus Nah und Fern.

Rätselhafter Selbstmord. Der Sekundaner Graf v. Schröder in Stettin hat Selbstmord verübt durch einen Sprung in die Oder. Es heißt, daß schwere Mißbilligungen ihn zu der Tat getrieben haben.

Einem recht sonderbaren Prügelpädagogen hatte die Duisburger Straßammer in der Person des Volksschullehrers L. aus Dümpfle abjurteilen. Dem 21jährigen Manne war eine Mädchenschule zum Unterrichte anvertraut worden. Seine Erziehungsmethode bestand nun darin, daß er die jungen Mädchen mit einem Rohrstock auf das nackte Gesäß prügelte. In zwei Fällen ist nachgewiesen, daß die verprügelten Mädchen acht Tage lang nicht sitzen konnten. Über einen besonders schweren Fall wurde folgendes festgestellt: Das Mädchen W. sollte geprügelt werden, weil es seine Aufgaben in der Bibel nicht gelernt hatte. Vom Lehrer wurde es nun in ein besonderes Zimmer geschickt, wo es sich auf Geheiß des Lehrers den Oberkörper entbloßen mußte. Das Mädchen gehorchte, hielt aber die Kniebe um die Hüften fest, damit sie nicht hinabfiel. Dann befahl der „Pädagoge“ dem Mädchen, sich völlig zu entkleiden. Auch dies geschah, und dann mußte das Mädchen sich langhin auf eine Bank legen, wo es dann mit dem Rohrstock verprügelt wurde. Der

Gold!

Ein Kalifornisches Lebensbild.
Von Friedrich Gerstäcker.

(86 Fortsetzung.)

„Können Sie mir nicht wenigstens sagen,“ wandte sich Doktor Ruzher deshalb noch einmal an ihn, „wo ich am nächsten zu anderen Goldwäschern oder zu irgend einem Handelszelt komme?“

„Den Bachhinaunter,“ war die ganze Antwort, die er erhielt.

„Na, dann lebt wohl, mein Dumsche, und ich will Euch wünschen, daß Ihr fortan in Eurem Graben glücklicher seid als bisher.“

„Können es gebrauchen,“ antwortete der Mann und begann wieder an seiner, jetzt auf's Neue gefüllten Maschine zu schaufeln.

Dem Lauf des Baches folgend, wie ihm der Dumsche geraten, richtete der Doktor jetzt seinen Weg, denn er vermutete nicht mit Unrecht, daß Jener seine ihm doch nötigen Provisionsen von dortiger herziehen werde. Nach zwei Stunden eben nicht überreifen Marktes, und einem ziemlich begangenen Pfad dabei folgend, erreichte er auch endlich ein kleines, von einem unternehmenden Yankee errichtetes Handelszelt. Dort erfuhr er denn, daß das Paradies noch etwa fünf Miles entfernt läge und von dem nächsten Bergrücken ein besacherer Weg hinüberführe. Für heute war es ihm indes zu spät geworden, noch dahin aufzubrechen, da er sich überhaupt etwas müde fühlte. Er blieb also die Nacht bei dem Yankee, wo er ein reichliches Bett und ziemlich gutes Abendbrot fand, und brach am anderen Morgen früh wieder nach der bezeichneten Richtung auf. Gute traf er sehr wenig unterwegs, ein paar Karren ausgenommen, die von dem Paradiese Lebensmittel in die benachbarten Berge führten, und einzelne Goldwäscher, die eben überall herumstreifen.

Erst als er sich, wie er glaubte, ganz nahe seinem Ziele befinden mußte, kamen ihm einzelne Mexikaner zu Pferd, dann andere in kleinen Trupps, alle bewaffnet, entgegen und schienen in größter Eile zu sein. Ein paar von ihnen sprach er an, aber sie standen ihm nicht Rede und ritten weiter in den Wald, einige die Straße verfolgend, andere geradezu in das Dickicht, einer nur ihnen bekannaten Richtung zustrebend.

Er war die letzte halbe Stunde ziemlich scharf bergan gestiegen; der hier sehr offene, mit fast keinem Unterholz bedeckte Wald gestattete ihm aber, eine ziemlich Strecke vorauszuheben, und an der vor ihm liegenden Lichtung erkannte er jzt zu seiner Genugung, daß er sich dem Talkefel näherte, in welchem, der Beschreibung nach, das „Paradies“ liegen sollte. Wie er den Ramm des Bergrückens erreichte, öffnete sich denn auch weit vor ihm das reizende Tal. Da der Berg, der es an dieser Stelle einschloß, an seinem Nordhang fast ganz kahl und nur hier und da auf seiner wellenförmigen Oberfläche mit einzelnen niederen Büschen besetzt war. Früher hatte hier allerdings wohl auch ein geringer Baumwuchs gestanden, teils aber war das Holz durch einen Waldbrand zerstört oder umgeworfen worden, teils hatten die Goldwäscher die noch gefundenen schlanken Stämme ins Tal zu ihrem Hüttenbau geholt, und dann das übrige Holz, frisches wie trockenes, nachgeschleppt und verfeuert, so daß man jzt den ganzen Gang hätte abkochen können, ohne noch einen einzigen Arm voll Reisig zu finden. Für die Aussicht nach dem Paradies hinab war das aber natürlich nur von Vorteil und von dieser Stelle aus, besser wie an irgend einer anderen, konnte man das ganze Tal bis in seine tiefsten Einzelheiten, mit allen zerstreuten Zelten, Büschen und Bäumen und dem ganzen regen Leben in der Stat übersehen. Ganz entzückt von dem Anblick, blieb der alte Mann stehen und bewachte gar nicht, daß noch ein anderer Wanderer kaum zwanzig Schritt von ihm entfernt auf einem Steine saß und, eine Doppelflinte auf den Knien,

still und schweigend das vor ihm ausgebreitete, unbeschreiblich schöne Panorama ebenfalls betrachtete. Erst als dessen hinter ihm graufendes Pferd beim Nagen des Maultriebs aufwachte, sah er ihn sitzen, ohne daß jedoch der Fremde die geringste Notiz von ihm genommen hätte.

„Das ist etwas,“ dachte der Doktor bei sich selber, „was ich noch nicht über mich gewinnen kann, mir aber jedenfalls in Kalifornien gleichfalls angewöhnen muß, denn es scheint mir eine höchst vortheilhafte Eigenschaft: mich nämlich um Niemanden, der mir begegnet oder den ich treffe, zu bekümmern. Rede ich Jemandem an, der nicht hofft, irgend einen Nutzen aus mir zu ziehen, so ist Behn gegen Eins zu wollen, daß ich gar keine oder doch eine grobe Antwort bekomme, und betrachte ich mir so andere Leute, die nur ganz allein mit sich selbst beschäftigt durch die Welt ziehen, so muß ich gestehen, daß sie — in diesem Lande wenigstens — die Vernunft auf ihrer Seite haben. Ich werde also gleich einmal den Anfang machen, um diese neue Lebensregel durchzuführen.“

Dann nahm er ohne Weiteres auf einem andern Steine, von dem Fremden etwas entfernt, Platz, und so schwer es ihm auch wurde, nicht wieder mit einem treuerzigen „Guten Morgen“ herauszuliegen, gewann er es doch über sich, gerade so zu tun, als ob sein Nachbar gar nicht da wäre, und in das Tal vor sich hinabzuschauen. Der Anblick fesselte ihn übrigens bald so sehr, daß er den Neben darüber wirklich vergaß und sich gar nicht satt sehen konnte an dem reizenden Bild. Wohl eine gute halbe Stunde mochte er so geessen haben, als plötzlich eine lauchende Stimme ansprach:

„Doktor!“
Rasch drehte er sich danach um, sprang aber auch im nächsten Augenblick mit einem Ausruf des Entsetzens empor und sagte:
„Emil — Baron — alle Wetter, wo kommen Sie her?“

Sanitätsrat Dr. Marx hat am Körper des Kindes sechs Unterlebensstrichen konstatiert, die er aber nicht als Mißbildungen ansehen will. Dem Kreis-Schulinspektor Dr. Seidlingfeld hat der Angeklagte die Untat eingestanden, er würde noch weiter geschlagen haben, wenn er nicht geglaubt hätte, an der Tür des Zimmers befände sich jemand. Der Kreis-Schulinspektor Pastor Körtz erklärte es für unstatthaft, die Mädchen auf das bedeckte oder entblößte Gesicht mit dem Röhren zu schlagen, wenn auch darüber keine bestimmte Vorschriften existierten. Der Angeklagte, der sich in Untersuchungshaft befand, wurde zu drei Monaten und 1 Woche Gefängnis verurteilt.

Klassenbewußt. Dämmert's bei den Christlichen? In der letzten Nummer des „Bergknappen“ wird per Jaserat ein Gewerkschaftssekretär gesucht. Es heißt da: „Gewünscht wird erste Kraft mit guter Vorbildung sowohl auf gewerkschaftlichem Gebiete, wie auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung. Der Anzustellende muß ein guter Redner sein und seine Ansicht auch schriftlich vertreten können. Energische Klassenbewußte Bergarbeiter, welche überzeugte Anhänger der christlichen Gewerkschaftsbewegung sind und obigen Anforderungen entsprechen, wollen nur schriftliche Bewerbungen mit Lebenslauf und Probearbeit bis zum 26. November unter „Gewerkschaftssekretär“ an den Vorsitzenden des Gewerkschaftsvereins einreichen.“ — Wenn das keine bloße Forderung ist, dann ist es ein Anfang von Erkenntnis, wenn auch vielleicht nur instinktiver Erkenntnis. Die Tatsache, daß die Christlichen einen Energischen, einen Klassenbewußten als Sekretär suchen, wird in der ultramontanen Presse vielfache Deutung erfahren. Man wird versuchen, den Worten die Bedeutung zu nehmen, aber vergeblich. Das Klassenbewußtsein erwacht.

Schutz vor Schaklenten. Aus Kreuznach wird der „Frankf. Btg.“ berichtet: In einer polizeilichen Säbelaffäre erhalten wir von dem davon am schwersten betroffenen Schreiner Schneider folgende Mitteilung, die er auch seinem bei der Staatsanwaltschaft Koblenz gestellten Strafantrage zu Grunde gelegt hat. Danach kam Schneider mit zwei Freunden gegen 1 1/2 Uhr nachts an der Ecke der Mannheimer- und Salmstraße vorbei, wo sie wahrnahmen, daß der Schuhmann Paulin einen Mann namens Saam mit blanker Waffe niederstieß. Saam gewährte der Polizei den noch etwa zehn Schritte entfernten Schneider, als er auf ihn zu sprang und ihm mit den Worten: „Das ist auch einer von den Lumpen“ drei wuchtige Säbelschläge über Kopf und Arm versetzte, so daß der Rückenblut überströmte und sich kaum mehr aufrecht erhalten konnte. Dann sprang der rasende Hülter des Geschicks zu dem am Boden liegenden Mann zurück und traktierte ihn während mit dem Säbel, so daß der Arme jämmerlich um Hilfe schrie. Er ließ erst von dem Geschlagenen ab, als hinzugekommene Leute ihm sagten, es sei doch endlich genug. Paulin schien doch zu fühlen, daß er Schneider Unrecht getan hatte, denn er hat ihn mehrmals um Entschuldigang. Schneider, der sich sofort zu einem Arzte begeben mußte und mehrere Tage arbeitsunfähig war, wird gegen den gewaltthätigen Schuhmann Klage auf Schadenersatz und Schmerzensgeld erheben; sein ganzer Anzug steht unter Verhaftung. Schneider, der sich sofort zu einem Arzte begeben mußte und mehrere Tage arbeitsunfähig war, wird gegen den gewaltthätigen Schuhmann Klage auf Schadenersatz und Schmerzensgeld erheben; sein ganzer Anzug steht unter Verhaftung. Schneider, der sich sofort zu einem Arzte begeben mußte und mehrere Tage arbeitsunfähig war, wird gegen den gewaltthätigen Schuhmann Klage auf Schadenersatz und Schmerzensgeld erheben; sein ganzer Anzug steht unter Verhaftung.

Ein Scherenschnitt. Das den Betroffenen für den Rest seines Lebens vernichten dürfte, hat ein bayerisches Militärgericht gefällt. Man höre und erzittere! Aus Pamban (Sfaly) wird unter'm 22. d. M. gemeldet: Das kriegsgerichtliche Verurtheilte des Oberleutnants Rheinwald des 17. Regiments in Gernersheim wegen Mißhandlung des Unteroffiziers Horn bei Gelegenheit eines nächtlichen Festungsmärsches zu — acht Tagen Sibirienarrest.

Direktor und Verkäuferin. Gelegentlich einer Verhandlung vor dem Kaufmannsgericht München behauptete eine Verkäuferin eines Zigarrenlokales im Automatenrestaurant „Bavaria“, daß sie entlassen worden sei, weil sie dem Direktor Albin Schramm nicht zu Willen war, daß der Herr Direktor überhaupt seinem weiblichen Personal in ständiger Beziehung nachstellte und seinen Fabrikantinnen höhere Bezüge verspreche. Der Chef veranlaßte den Direktor, gegen das Mädchen Klage wegen Verleumdung zu stellen. Diese „Verleumdungs“klage endete mit einer kleinen Blamage für den Direktor. Durch Zeuginnen wurde festgestellt, daß der Herr Direktor einer 20jährigen Ungefälligen in ausdringlicher Weise nachstellte und sich diesem Mädchen gegenüber ein großes unethisches Attentat erlaubte, das fast an das Strafgesetzbuch streifte. Einem anderen Mädchen versprach er höheres Salair, wenn es ihm zu Willen sei und seine Geliebte mache; einer Dienstmagd gegenüber erlaubte er sich ebenfalls Angriffe unethischer Art. Das Schöffengericht München erachtete den Wahrheitsbeweis für erbracht und erkannte für die Verkäuferin auf Freisprechung, so daß der allzu liebenswürdige Herr Direktor auch noch die gesamten Kosten als Beigabe für die erlittene Blamage zu tragen hat.

Feststücken. Für den Geist gewisser Junge ist ein Liebes Charakteristik, das kürzlich zur Fier des 20jährigen Stützungsfestes des Vereins christlicher Referendare zu Breslau gesungen wurde. Wir wollen wenigstens zwei Strophen aus diesem Festgesange wiedergeben:

Wie zum Segen keines Landes
Wird der Fremden Aertwid,
So zum Nachteil unsres Standes
Eine solche Fuziz.
Hält die Augen fest verbunden
Themis gegen die Gefahr,
Hat die Abwehr nun gefunden
Doch der deutsche Referendar.

Daß nicht vor der fremden Klasse
Weich' der rechtsbesessene Christ,
Daß nicht deutsche Treu' erblasse
Vor der orientalischen List,
Daß nicht mit der Rajenkänge
Blänge unsere Fuziz,
Brachte vor aus ihrer Enge
Die um Stillsied Rationiz.

Aus diesem Nachwuchs haben wir unsere zukünftigen Richter und Staatsanwälte zu erwarten. Personen, die aus solcher Atmosphäre hervorgehen, sollen jenseits von Klassen- und Rassengrenzen das Recht verwirklichen helfen! Es ist, wie das „Berl. Tagbl.“ mit vollem Recht bemerkt, schwer, bei derartigen Ausbrüchen böswilliger Leidenschaft das Vertrauen zur Rechtsprechung nicht zu verlieren.

Der Gipfel der Vergeßlichkeit. Wer kennt nicht die Geschichte von dem Raech, der mit einem vier-spännigen Wagen zur Stadt geschickt wird, um eine Maschine zu holen und dem die Hausfrau vor der Abfahrt noch den Auftrag gibt, ihr für 10 Pf. Stecknadeln mitzubringen. Der Raech besorgt die Stecknadeln, vergißt aber die Maschine und kommt mit leerem Wagen wieder nach Haus. Einen ähnlichen Streich hat ein Raecher in Wien zu Stande gebracht. Das „Wiener Extrablatt“ schreibt: Die auf dem Handelskai bediensteten Personen bemerkten vor einigen Wochen einen mit Holz hoch beladenen Wagen ohne Pferde, der dort etwa eine Woche stand. Man war der Meinung, das Holz solle dort verladen werden, aber es verging ein Tag um den andern, und niemand kümmerte sich um den Wagen, der doch mit seiner Ladung einen beträchtlichen Wert hatte. Endlich schritt die Polizei ein und stellte fest, daß der Wagen Eigentum des Fahrwerkbefizers Magyan war. Dessen Raecher Josef Dann hatte sich aus vor dem Strafgericht der Leopoldstadt wegen Diebstahls eines unbediensteten Gegenstandes auf der Straße zu verantworten. Der Angeklagte gab an, er habe den beladenen Wagen vergessen. Richter: „Wie ist es möglich, daß man einen vollbeladenen Wagen vergessen kann?“ Angell: „S bin am Handelskai g'fahren und da is mir die Ketten gerissen.“ J hab' deshalb die Pferde wegg'führt und sie in den Stall g'bracht.“ Richter: „Und warum haben Sie den

Wagen nicht abgeholt?“ Angell: „An den hab' i mit dann net mehr erlwert.“ (Fetterkeit.) — Der Richter verurteilte den Vergeßlichen zu 24 Stunden Arrest.

Schweres Eisenbahnunglück in Rußland. Bei einer Bahnkatastrophe auf der Mabaer Eisenbahn wurden drei Personen getötet, 9 schwer verwundet, 18 leicht verletzt. 2 Lokomotiven, 4 Personenzüge, 15 Güterwagen wurden zertrümmert.

Revolutionssang. Jetzt geht's los! Die Arbeiter werden alles in die Luft sprengen! Alle Reichen sollen umgebracht, sämtliche Paläste werden demoliert werden!!! Vergleichen Angstvorstellungen — schreibt die „Arbeiterzeitung“ — sind jetzt in der Tiefe des Kleinbürgertums in anbreitend des heranrückenden Tages der Parlaments-eröffnung lebendig. Der organisierte Arbeiter, der in einer verhältnismäßig aufgeklärten Umgebung lebt, kann sich von den Schreckensphantasmen kein Bild machen, die seit einigen Wochen im Schadel des Philisters herumflattern. Ein geradezu rührendes Beweissstück für die kurtosen Angstzustände politisch unverständiger Leute wird uns von einem Parteigenossen zur Verfügung gestellt. Im Hause des Erwähnten ist ein Dienstmädchen tätig, deren Eltern in Orth an der Donau leben. In dem stillen Donaufischen scheint eine alle erfassende Revolutionssangst ausgebrochen zu sein, wie folgender unverändert wiedergegebener Brief der Mutter des Dienstmädchens beweist:

„Lieber Herr und Frau... Ich mache Dir zu wissen warum Du nicht schreibst, uns ist schon sehr bange um Dich, alle Mädchen sind schon zu hause gefahren, und Du schreibst nicht einmal, wartest Du, bis Du Dir nicht mehr helfen kannst? Ich komme und hole Dich. Es ist schon nach Ort zum Bürgermeister gekommen, daß bis 20. niemand mehr nach Wien fahren und gehen darf, auch aus Wien bis 20. niemand heraus darf. Dann ist es zu spät, es muß nicht schön zu gehen weil Du nichts schreibst. Schreibe gleich, so come ich und hole dich. Willst Du mich umbringen lassen wenn Du Dir noch helfen kannst? Die Leute erzählen, das mir nicht gut wird, viele grüße von uns alle an herr und frau und Dich, fahre zu hause. Wenn es vorbei ist, kannst Du wieder hin gehn.“

Der Dienstgeber versuchte nun in einem längeren Schreiben die geängstigten Eltern zu beruhigen. Er schrieb ihnen, daß nicht die Arbeiter, sondern bloß die Polizei am jenem unglückseligen 2. November blutdürstig wurde und daß die Gefahr eines Bürgerkrieges nicht bestehe. Darauf kam folgende, gleichfalls unverändert wiedergegebene Antwort aus Orth:

„Lieber Herr und Frau... Ich einschuldige mich, wenn Sie mein brief beleutigt hat. Uns war bange um das Kind es sind die Mädchen vom Bürgermeister zu hause gekommen und sagten, das es in Wien so zugeht das die sozi schreien, blut wollen sie haben, und das schon hauser aus-geplündert haben und die Leute umgebracht das Sie mit die rothen fahnen umgehen, es ist auch die Bogawitsch Witz, die Steier Katiwile von Mansdorf die Mädchen zu hause gefahren und sagen, das es in Wien so zugeht! Auch der Herr Bürgermeister hatt einsagen lassen das bis 20 niemand nach Wien fahren soll, er hatt es bekommen! Ich sage ja selbst, das die Leute recht haben, aber es kommt doch oft Unschuldige auch dazu. Ich danke schön für die Zeitung was Sie uns geschickt haben ich habe es so gelesen das die Polizei so grob war, Ich bitte nicht böse zu sein viele grüße von uns alle an Ihnen und das Kind Hochachtungsvoll Familie...“

Die angstvolle Verwirrung dieser Provinzbewohner, bemerkt unser oben genanntes Parteiblatt, ist übrigens nicht gar so erstaunlich, wenn man einmal herumgehört hat, wie selbst in Wien verschüchterte Spieler, die sich ihr Lebtag nur um ihren Kramladen und nie um Politik gekümmert haben, in die komischste und sorgenvollste Verzweiflung fallen, wenn man sie an den kommenden „roten Dienstag“ erinnert.

San Francisco, Doktor. Lachte der junge Mann, ihm freundlich die Hand entgegenstreckend, und augenlein erhellte, Sie können es mir glauben, daß Sie gerade der erste Bekannte sind, den ich hier treffe — aber — Sie wollen abreisen?“ Lachte er fast bezaubert hinza.

„Abreisen?“ fragte der Doktor, ich komme eben erst an. — Das ist aber nicht abel, gerade habe ich mir vorgenommen, mit keinem Menschen an der Straße mehr ein Wort zu reden, und Sie waren der Erste, an dem ich das probieren wollte. Ich kannte Sie aber gar nicht, wie Sie in dem blauewollenen Mantel. Hand da auf dem Stirne saßen, und hielt Sie für einen Franzosen.“

„Und Sie sind noch gar nicht im Paradies gewesen?“ wußten gar nichts von dort?“ fragte der junge Mann, ohne den Entzwei weiter zu beachten.

„Ich weiß“, lachte der Doktor, — „daß dieser vor uns liegende Ort Paradies heißt, es er aber ein solches für uns werden wird, haben wir Beide erst noch zu erproben.“

Er blinzelte, während er sprach, seinen jungen Fremden an, und es konnte ihm nicht entgehen, daß derselbe leicht erwiderte. Stillschweigend sah er das auch selber, denn er hatte das Gespräch lang es und sagte leichtfertig wieder wie vorher:

„Nun setzen Sie einmal besser Doktor, was dies für ein wunderlich hübsches Land ist, und das haben ich nun, mit all den wunderlichen Schöpfen, die gleich bar in jeder Ecke Schickelchen liegen, diese glücklichen Amerikaner wegzugangelt.“

„Es ist ein freundlicher Mensch, das läßt sich nicht leugnen. Warum“, erwiderte der Doktor, „so muß ich mich aber dem im Grunde nicht weiter zugehen können, ein so schöngeklügeltes Land ist nicht mehr als ein Traum, wenn ich nicht einer solchen Niederlegung wehre. Gott — Gott und immer nur Gott — man hat kein anderes Wort; die Menschen denken an nichts weiter und reden deshalb auch von nichts an. Die Dummheit ist der eigentümlichste oder begreifbarste Grund wird beschreiben, die gesunden Sinnen aber Stillschweigen werden beherrschen; was Der aber Jener erachtet, wie

viel in einem Tage, oder wieviel in einer Woche er zusammengehacht und gewaschen hat, und kurz und gut, die ganze Geschichte wird einem, der nicht ebenfalls mit bis an die Ohren darin sitzt, so zum Gl, daß man nur immer lieber gleich wieder aufpacken und davonlaufen möchte.“

„Ja lieber Gott, bester Doktor“, sagte der junge Mann, „dafür sind wir nun einmal in Kalifornien. Das ist etwa gerade, als ob ich in ein Fischerdock g'ge und wollte nicht von Fischen reden hören. Später wird sich das vielleicht einmal anders; jetzt aber müssen wir die Sachen nehmen, wie sie wirklich sind, und was mich selber betrifft, so muß ich Ihnen gestehen, daß ich meine herzogliche Fremde an dem tauchfertigen Lande habe, ja — und was noch mehr sagen will — auch vor der Nation selber Respekt bekomme. Nach Manchem, was ich so früher über die Amerikaner gelesen, dachte ich sie mir nur als ein rohes, tabakkrautes, immer bloß spekulierendes, kämmerliches Volk, und bin eigentlich, wenn ich anständig sein will, mit dem Entschlossen herübergekommen, sie eben so zu finden, wie ich sie mir gedacht — aber allen Respekt vor den Vätern. Gefundel genug gibt es unter ihnen, das ist wahr — doch vielleicht auch nicht mehr wie bei uns in Deutschland, nur daß es hier nicht in so feinen Moden und mit Glasflaschen unherkennbar; aber ein Unerkennungsgeiß heißt dafür in den Dörfern, eine Kraft und Ausdauer, eine Zähigkeit in einmal Begonnenem, und ein Mut, das Tollkühnige, Kältehafte zu unternehmen, vor dem man wirklich Respekt haben muß. Ich verlange nicht, daß wir ihnen ihr alles Tabakwaren nachmachen sollten; aber wenn wir uns ein Beispiel an ihrem nationalen Gefühl, an ihrem Nationalstolz nehmen, und das nur erst einmal bei uns pflanzen wollten, dann könnte das ein großer Segen für uns werden und wir gewinnen vielleicht auch einen Platz dabei, auf dem es wachsen möchte.“

„Aber es gibt noch auch einiges viel und höchst köstliches Schokolade unter ihnen“, sagte der Doktor, „was wir hier in dieser Abrechnung in Deutschland finden würden. Nehmen Sie zum Beispiel —“

„aber eben so schlecht, und da sie im Geheimen wirken müssen, um so viel gefährlicher“, sagte der junge Mann. „Diese Spieler sind freilich der Auswurf der ganzen Nation, ja man könnte fast sagen: der Auswurf der Welt, indische Thugs und italienische Banditen nicht ausgenommen. Apropos, von jenem Siffly habe ich doch seit dem Tage gar nichts wieder gesehen. Er war und blieb spurlos verschwunden, und ich hörte nur einmal, daß man behauptete, er sei seinem ihm durchgegangenen Kompagnon nachgefahren.“

„Röglitz — ich sehne mich nicht nach seiner Bekanntschaft“, sagte der Doktor, „und will deshalb auch wünschen, daß wir uns nicht weiter begegnen mögen. Aber können Sie mir vielleicht sagen, mein junger Freund, weshalb denn da drüben zwei Flaggen an der hohen Stange aufwehen?“

„Ja, darüber habe ich mir auch schon den Kopf zerbrochen“, sagte Baron Lanzot. „Die obere scheint, so viel sich von hier erkennen läßt, denn sie weht gerade abwärts, die amerikanische zu sein, aber die untere bin ich nicht im Stande zu bestimmen.“

„Auch eine eigene Umrufe herrscht in der Stadt selber, wenn man diese einzige Zeitstraße wirklich mit dem Namen einer Stadt belegen darf. Ein sehr ruhiges Leben scheinen die Bewohner des Paradieses eben nicht zu führen.“

„Wer weiß, was sie haben“, sagte Baron Lanzot — „wie wär's, wenn wir hinunterfliegen?“

„Von Herzen gern. Aber was in aller Welt hat Sie jetzt, besser Baron, in die Rinnen geführt — denn den Titel Emil haben Sie doch hoffentlich in San Francisco zurückgelassen?“

„Der liegt bei den Serbitten“, lachte Jener — „aber noch früher, und zwar schon bei der Abfahrt aus der alten Heimat, habe ich den Baronittel bei Seite gelegt; deshalb, mein lieber Doktor, ersuche ich Sie recht freundlich, mich hier nur einfach Lanzot zu nennen. Nur wenn Sie hartnäckig höflich sein wollen, so sehen Sie den Ritter vor.“ (Korrekturen folgt.)